

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Vor dem Dreikönigstreffen In der FDP regt sich Kritik an Lindners Kurs

06.01.2018, 09:46 Uhr | dpa, rok

FDP-Chef-Christian Lindner: Seine Entscheidungen und sein Führungsstil gefallen nicht allen Liberalen. (Quelle: Reuters)

Starker Mitgliederzuwachs trotz Jamaika-Aus, viele Spenden im Wahljahr 2017. Dennoch gibt es Unzufriedenheit in der [FDP](#) – auch über den Führungsstil von Parteichef [Christian Lindner](#). [Wolfgang Kubicki](#) warnt vor innerparteilichen Angriffen.

Gut anderthalb Monate nach dem Jamaika-Aus kommt die FDP in Stuttgart zu ihrem traditionellen Dreikönigstreffen zusammen. Dabei wird erwartet, dass Lindner den künftigen Kurs der Partei absteckt.

Kritik und Enttäuschung nach Jamaika-Aus

Lindner musste nach dem Ausstieg der FDP aus den Jamaika-Sondierungen mit Union und Grünen heftige Kritik von außen einstecken. Auch innerhalb der Partei waren viele davon enttäuscht, dass die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung im Bund nicht ergriffen wurde - und deshalb kaum Einfluss auf die politische Richtung des Landes genommen werden kann.

Kritik gibt es auch am beabsichtigten Umgang mit der rechtskonservativen [Alternative für Deutschland](#). Die ehemalige FDP-Bundesjustizministerin [Sabine Leutheusser-Schnarrenberger](#) warnte vor einem Rechtsruck ihrer Partei. Damit zielt sie offensichtlich auch auf Äußerungen von Lindner. Der hatte angedeutet, dass er bei der AfD durchaus Protestwähler sieht, die mit den Grundsätzen der Liberalen liebäugelten - und möglicherweise zurückgeholt werden könnten.



Leutheusser-Schnarrenberger sieht Vertrauensverlust

Leutheusser-Schnarrenberger stellt außerdem einen Vertrauensverlust in die FDP fest, nachdem sie die [Jamaika](#)-Sondierungen abgebrochen hatte. "Bei denjenigen, die mit ihrer Stimme dazu beigetragen haben, dass die FDP mit mehr als zehn Prozent fulminant wieder in den Bundestag zurückgekehrt ist, gibt es Unsicherheit, viele Fragen und Zweifel", sagte sie.

Viele FDP-Wähler hätten die Partei gerne in der Regierung gesehen und nicht in der Opposition. Leutheusser-Schnarrenberger fügt hinzu, sie selbst bedauere die Entscheidung zum Abbruch der Gespräche mit [CDU](#), [CSU](#) und Grünen. Ökologie und Ökonomie hätten versöhnt, Freiheit und Bürgerrechte stärker in den Fokus gerückt werden können. "Da wäre unterm Strich ein Regierungsprogramm für gute vier Jahre möglich gewesen."

"Lindner erwartet, dass man ihm bedingungslos folgt"

Bei "Spiegel Online" erklärt Gerhard Papke, ein früherer Weggefährte von Lindner, der sich mit dem FDP-Chef jedoch 2014 überwarf: "Ich bin in Sorge, dass aus der FDP eine Christian-Lindner-Partei wird. Selbstverständlich müssen Parteichefs führen und ihren Machtanspruch durchsetzen, sonst sind sie schnell weg. Aber die FDP ist noch nie derart von einer Person gesteuert worden. Das ist kein Zufall, sondern Resultat eines Prozesses, den Christian Lindner in Gang gesetzt hat. Lindner erwartet, dass man ihm bedingungslos folgt. Daraus wird am Ende nichts Gutes."

FDP-Vizechef [Wolfgang Kubicki](#) warnte denn auch vor innerparteilichen Angriffen auf Lindner. "Wer Christian Lindner stürzen wollte, müsste erst mich wegräumen", sagte Kubicki der neuen Ausgabe des Nachrichtenmagazins "Focus". Er sehe allerdings nicht, dass irgendjemand die Idee hätte, Lindner zu stürzen. Zwischen beiden gebe es einen Treueschwur, der auch für die kommenden vier Jahre gelte, sagte Kubicki. Ziel sei es, die FDP bundesweit dauerhaft über zehn Prozent zu etablieren.

FDP-Chef Lindner: Nein zu Jamaika war "konstruktives Nein"

FDP kein

"Steigbügelhalter"

Lindner: Nein zu Jamaika war
"konstruktives Nein"

06.01.2018, 13:52 Uhr | dpa

[Christian Lindner](#) hat auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der Liberalen den Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen mit Union und Grünen verteidigt: "Wir haben aus staatspolitischer Verantwortung die Oppositionsrolle gewählt." Die [FDP](#) sei kein "Steigbügelhalter für andere".





Jamaika sei "zu einem politischen Sehnsuchtsort verklärt worden". Das Nein der FDP sei ein "konstruktives Nein" gewesen. Es sei ein Signal gegen Politikverdrossenheit gewesen und für die Glaubwürdigkeit der Liberalen.

"Kampfansage an Politikverdrossenheit"

Lindner betonte das neue Selbstbewusstsein der FDP, die im September 2017 mit 10,7 Prozent in den Bundestag zurückgekehrt war. "Wenn wir eines gewiss nicht mehr sind, dann ist es ein Steigbügelhalter für andere", sagte der Parteichef. Der Gang in die [Opposition](#) sei auch "eine Kampfansage an Politikverdrossenheit". Die FDP hatte, nachdem sie 2009 eine Koalition mit der Union eingegangen war, einen beispiellosen Absturz erlitten und war 2013 aus dem Bundestag geflogen.

Lindner wies auch Vorwürfe zurück, die FDP sei wegen ihres Ausstiegs aus den Jamaika-Sondierungen verantwortlich für die mögliche Fortsetzung der großen Koalition von Union und [SPD](#) und deren Politik. Die [CDU](#) müsse nicht alles machen, was die SPD wolle. Hier stelle sich für ihn die Frage: "Welche Verantwortung hat eigentlich noch die Bundeskanzlerin mit ihrer Richtlinienkompetenz?"

Befürchtungen über Rechtsruck

Bei ihrem Treffen in Stuttgart zieht die FDP nicht nur eine Bilanz des Wahljahres 2017, sondern positioniert sich für die neue Legislaturperiode. In den vergangenen Wochen gab es auch in den eigenen Reihen Befürchtungen, die Partei könne angesichts des Erstarkens der [AfD](#) einen Rechtsruck vollziehen.

Mit Blick auf die [Landtagswahlen](#) in Hessen und Bayern im Herbst hatte Lindner im Vorfeld den Geltungsanspruch der FDP hervorgehoben. In Hessen sitzt die FDP mit sechs Abgeordneten im Landesparlament. In Bayern waren die Liberalen bei der Wahl im Jahr 2013 nicht in den Landtag gekommen.

Dreikönigstreffen

Die FDP kann nicht erklären, was sie sein will

Von Jonas Schaible, Stuttgart

06.01.2018, 16:52 Uhr

Christian Lindner schwört FDP auf Oppositionsarbeit ein: Die FDP hat sich in Stuttgart zu ihrem alljährlichen Dreikönigstreffen eingefunden. (Quelle: Reuters)

Beim Dreikönigstreffen bemüht sich die FDP, alle Vorwürfe zu zerstreuen, sie flirtete mit dem Nationalismus. Was aber will sie? Und warum verschweigt sie eine ganz bestimmte Wahl?

Die Dreikönigskundgebung der FDP in der Stuttgarter Oper ist sorgsam choreographiert. Die ersten Sätze der Eröffnung des baden-württembergischen FDP-Chefs Michael Theurer und Christian Lindners Schlusswort greifen ineinander, binden die drei Stunden zusammen und transportieren eine eindeutige Botschaft: Die FDP ist liberal, europafreundlich, tolerant, und gegen jeden Nationalismus.



Gleich zu Beginn geißelt Theurer Antisemitismus, den jüngsten rassistischen Tweet des AfD-Abgeordneten Jens Maier und die angedachten Gängelungen von Flüchtlingen durch die neue österreichische Regierung. Und er verweist auf die lange Geschichte der FDP. Das liberale Dreikönigstreffen reiche immerhin bis ins Jahr 1866 zurück.

Lindner, der Schlussredner, greift diese Motive Theurers wieder auf: „Andere sprechen verächtlich über die so genannten Altparteien. Wir sind stolz, eine Traditionspartei zu sein.“

Es ist eine Absage an die Flirts mit dem Nationalliberalismus, ohne freilich zuzugeben, [dass je geflirtet wurde](#).

Lindners Worte kämen auf jedem Kirchentag gut an

Während CSU-Spitzenpolitiker in diesen Tagen mit Elitenkritik experimentieren, eine neue "konservative Revolution" ausrufen und die "finalen Lösung der Flüchtlingsfrage" suchen, redet die FDP leise und unaufgeregt. Von zwei Witzen über das Aussehen der Grünen Claudia Roth und Anton Hofreiter abgesehen, klingen selbst die Angriffe auf politische Gegner hart, aber fair. Beim Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag Hans-Ulrich Rülke sogar beinahe kunstvoll.

Im Saal sitzen dazu junge Liberale mit bunten Gesichtern – sie haben sich die Europa-Flaggen aufgemalt. Vor der Veranstaltung sangen sie noch die Europahymne. Ähnlich salbungsvoll klingt Lindner, als er die Werte der Partei zusammenfasst: "Es sind der Wunsch nach Selbstverantwortung und die Bereitschaft zum eigenen, unabhängigen Urteil, die Schaffensfreude und die Offenheit für Veränderung, die Neugier auf neue Technologien und die Toleranz gegenüber anderen." Worte, die auf jedem Kirchentag gut ankämen.

Womit klar ist, was die FDP nicht sein will. Jedenfalls im Moment, wer weiß schon, wie lange die momentane Laune anhält. Aber was will die neue FDP dann sein?

Daran, das verständlich zu machen, scheitern alle Redner.

Landtagswahl in Niedersachsen? War was?

Erstes Beispiel, die geplatzen Jamaika-Verhandlungen. Mal lag es an Merkels Führungsschwäche, an den Grünen, an Winfried Kretschmann, an Digitalisierung oder Bildung oder Europapolitik. Eine widerspruchsfreie Begründung gelingt den Liberalen auch heute nicht. Zwischendurch behauptet Lindner sogar, Jürgen Trittin sei der "eigentliche Verhandlungsführer" der Grünen gewesen. Nicht einmal er selbst dürfte sich das glauben.

Zweites Beispiel, die Bereitschaft für Koalitionen. Man koaliere überall dort, wo ein Politikwechsel möglich sei, sagt Lindner, wie in Schleswig-Holstein (Jamaika), Nordrhein-Westfalen (Schwarz-Gelb) und Rheinland-Pfalz (Ampel). Und man regiere nicht, wo kein Politikwechsel möglich sei, wie in Baden-Württemberg und im Bund. Die Erzählung klingt aber nur deshalb plausibel, weil sich alle Redner darüber ausschweigen, dass auch in Niedersachsen gewählt wurde. Dort wäre eine Ampel möglich gewesen, die SPD war zu weitreichenden Konzessionen bereit – die FDP verweigerte sich von Beginn an. Warum, kann bis heute niemand erklären.



Drittes Beispiel, die programmatische Rede Nicola Beers, die als Generalsekretärin eine Reflexion ankündigt, "woher wir kamen und wo wir stehen". Die Überschrift, das neue Motto der neuen FDP, das sie wieder und wieder und wieder einwirft: "Eine neue Generation für Deutschland."

Wie eine Parodie auf die alte FDP

Rülke hatte zuvor spöttisch über die grün-schwarze Landesregierung gesagt: Manche Leute müsse man nicht parodieren, es genüge, wenn man sie zitiere. Beers Rede klingt nun wie eine Parodie auf die FDP, zusammengeschnitten aus Versatzstücken alter Reden.

Mutiger werden. Neugierig. Entscheidungswilliger sein. Mut. Perspektivwechsel. Unbequem sein. Bohrende Fragen stellen. Verkrustete Strukturen. Politik dient dem Menschen. Land der Entdecker und Erfinder. Chancen schaffen. Anders machen. Potentiale entfesseln. Mit anpacken. Stillstand. Verantwortung. Freiheit. Mut. Optimismus. Hidden Champions. Querbürsten. Gegen Zwangskollektive. Anpacken. Verantwortungsgesellschaft. Neues Denken.

Müsste man aus all dem ein Fazit ziehen, es lautete wohl so: Eine nationalliberale FDP wäre neu gewesen, aber auch abenteuerlich. Die FDP, die sich davon verabschiedet, ruht in sich, ist aber die alte FDP. Sie behauptet nur inbrünstig, sie sei ganz anders.

Dreikönigstreffen

Reformagenda für Deutschland möglich machen

05.01.2018



Vor dem traditionellen Dreikönigstreffen der Freien Demokraten in der Stuttgarter Staatsoper hat FDP-Generalsekretärin Nicola Beer den Gestaltungsanspruch der FDP untermauert: "Wir setzen ganz klar auf Inhalte, und zwar aus der Mitte der Gesellschaft, aus der Mitte des politischen Spektrums heraus. Und damit grenzen wir uns eindeutig ab", sagte Beer am Freitag im ZDF-"Morgenmagazin". Der FDP gehe es darum, die Bürgerrechte zu verteidigen und gleichzeitig die soziale Marktwirtschaft zu stärken. "Das kann eben nur eine Kraft der Mitte, die proeuropäisch, die weltoffen ist", so Beer.

Die Generalsekretärin fühlt sich nicht zuletzt durch jüngste Umfragewerte bestätigt. Sie wertet sie als Beleg dafür, dass der Kurs der FDP richtig ist: "Wenn Sie mir das vor ein, anderthalb Jahren gesagt hätten, dass wir stabil zwischen 8 und 10 Prozent liegen, ich wäre Ihnen vor Freude um den Hals gefallen", sagte sie. "Unser Kurs, klare Kante zu zeigen, auf unsere Inhalte zu setzen und nicht auf Dienstwagen, der kommt in einem großen Teil der Bevölkerung gut an." Es zeige auch, "dass Parteien unterschiedlich sind und wir keine Einheitssoße haben."



In dem Interview erteilt Beer zudem Aufforderungen an die FDP, sich explizit von den Rechtspopulisten zu distanzieren, eine Absage. Die FDP setze sich ohnehin schon eindeutig ab: "Und zwar durch das, was wir tun, was wir jetzt auch als Initiativen im Deutschen Bundestag haben." Ihre Partei verbinde eine gesellschaftliche Modernisierung, einen Fortschritt, einen Zukunftsoptimismus mit Weltoffenheit. Diese Weltoffenheit höre auch bei der Flüchtlingspolitik nicht auf: "Bei uns geht es darum, dass wir die Frage der Flüchtlinge mit Steuern und Ordnung beantworten." Es gehöre auch zur Durchsetzungsfähigkeit eines Rechtsstaats, "dass wir hier ordnen und steuern, dass es faire Regelungen gibt."

Daher setze sich die FDP für ein Einwanderungsgesetz ein, das ganz klar zwischen Asyl, befristetem humanitären Aufenthalt und der Möglichkeit der Zuwanderung nach einem Punktesystem unterscheidet." Beer hofft, dass sich jetzt die Möglichkeit ergibt, hierfür Mehrheiten auch im Deutschen Bundestag und in den Bundesländern zu erreichen. Sie hofft auch, dass eine Reformagenda für Deutschland möglich wird: "Entweder Merkel setzt sich selbst an die Spitze dieser Reformagenda in der eigenen Partei, oder es werden jüngere, neuere Gesichter in ihrer Partei irgendwann in die Hand nehmen. Und dann ergibt sich möglicherweise eben wieder ein Zeitfenster für eine modernere, für eine zukunftsoptimistischere Politik in Deutschland."

Wir wollen auch in den Ländern die Trendwende

05.01.2018

FDP-Vize Wolfgang Kubicki spricht im [Interview mit dem Focus](#) über Freundschaften in der Politik, die Wahlziele der FDP in 2018 und die Zukunft von Angela Merkel: "Es ist schwer vorstellbar, dass Angela Merkel nach über zwölf Jahren Kanzlerschaft jetzt für einen Erneuerungsprozess steht", erteilt er Jamaika-Überlegungen einmal mehr eine Absage. Er blickt lieber nach vorn: "Die FDP strebt Regierungsbeteiligungen in Hessen und Bayern an. Das erwarten unsere Wähler. Aber sie erwarten auch, dass wir das nicht um jeden Preis tun. Wir wollen auch in den Ländern die Trendwende zu einer neuen Politik."



Eines der Wahlziele der FDP in 2018 lautet: "Die FDP will Schwarz-Grün in Hessen ablösen." Eine Ampel schließt Kubicki dort aus, die werde es da rein mathematisch nicht geben. Eine Jamaika-Koalition wiederum kann Kubicki sich da vorstellen: "Warum nicht? Neues Spiel, neues Glück. In Schleswig-Holstein haben wir gute Erfahrungen gemacht – und die hessischen Grünen sind Realos." Auch in Bayern rechnet sich der FDP-Vize Chancen für eine Regierungsbeteiligung aus. Denn selbst in Bayern erreicht die CSU keine absolute Mehrheit, so dass sie einen Koalitionspartner braucht. Kubicki ist sicher: "Die CSU wird nicht ihr Herz für die Grünen entdecken. Damit wird eine Regierung mit der FDP wahrscheinlich. Mit Markus Söder wird es schwierig – doch es ist machbar."



Der FDP-Vize schaut aber auch auf die europapolitische Bühne. Als Partei des Fortschritts sei es der FDP wichtig, "eine Antwort auf Macron zu geben, die unsere Interessen im Rahmen der europäischen Gemeinschaft widerspiegelt", so Kubicki. "Eine Antwort, die das Prinzip 'Zusammenführen statt spalten' unterlegt." Seiner Ansicht nach war der Brexit zum Beispiel "eindeutig die Folge von Merkels Politik." Wenn sie so weitermache, werde Europa noch mehr Länder verlieren, warnt der Freidemokrat.

Geiselnahme von deutschen Staatsbürgern nicht länger hinnehmen

05.01.2018

Seit Februar 2017 hält die Türkei den Welt-Reporter Deniz Yücel in Untersuchungshaft fest. Auf seine Beschwerde gegen die Inhaftierung hat das türkische Justizministerium nun nach neun Monaten [abweisend reagiert](#). Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki ruft die geschäftsführende Bundesregierung auf, sich mit aller Vehemenz für die Freilassung Yücel einzusetzen.

Dass Yücel seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft ausharren muss, rügt Kubicki als unfassbar. "Ihm werden allein seine in der Welt veröffentlichten Artikel zur Last gelegt; das zeigt die nun nach neun Monaten abgegebene Stellungnahme Ankaras zur Haftbeschwerde Yücel", konstatiert der FDP-Vize.

Für Kubicki ist klar, dass die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Freilassung des Journalisten verstärken muss. "Solange Machthaber Erdogan auch deutsche Staatsbürger als Geiseln nimmt, kann sich das Verhältnis zwischen Deutschland und der Türkei nicht normalisieren", verdeutlicht er.

Hintergrund

In einer Stellungnahme zur Beschwerde Yücel versucht das türkische Justizministerium erneut, den Reporter als möglichen Extremisten zu diffamieren. So seien "belastende Beweise" erhoben worden, die dazu geeignet seien, "bei einem objektiven Beobachter den Verdacht zu erwecken", dass Yücel Propaganda für eine bewaffnete Terrororganisation betrieben und das Volk zu Hass und Feindschaft aufgehetzt habe. Konkret wird nur auf seine veröffentlichten Artikel in der Welt verwiesen. (ch)

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Christian Lindner
Bundesvorsitzender

Freie
Demokraten
FDP

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland geht es gut, aber damit das so bleibt, müssen wir die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Und dafür brauchen wir ein Deutschland der nächsten Generation. Eine neue Generation Deutschland, die dem einzelnen Menschen wieder mehr zutraut statt immer nur dem Staat. Lassen Sie uns das Jahr 2018 zur Startrampe machen: Wir sollten Fortschritt, die Chancen des einzelnen in der Zukunft und unsere Werte für ein offenes und starkes Europa zum Thema machen. Teil eines solchen Erneuerungsprojekts – das wollen wir Freie Demokraten sein. Da wo andere verzagen, da lassen Sie uns gemeinsam voranschreiten. Das ist die neue Generation Deutschland. Wir brauchen neues Denken in diesem Land.

Alle Informationen zu unserem traditionellen Dreikönigstreffen finden Sie auf www.eine-neue-generation-deutschland.de



[https://www.fdp.de/
content/eine-neue-
generation-
deutschland](https://www.fdp.de/content/eine-neue-generation-deutschland)

Mit besten Grüßen

Ihr

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

Terminübersicht FDP Bendorf / Vallendar / Weißenthurm

17. Januar 2018	Stammtisch in Bendorf "Berghotel Rheinblick"
22. Februar 2018	Stammtisch in Weißenthurm
10. März 2018	Bezirksparteitag in Neuwied
21. März 2018	Stammtisch in Vallendar
13. April 2018	Ortsparteitag in Bendorf "Berghotel Rheinblick"
25. April 2018	Stammtisch in Bendorf
24. Mai 2018	Stammtisch in Weißenthurm
20. Juni 2018	Stammtisch in Vallendar
25. Juli 2018	Stammtisch in Bendorf
23. August 2018	Stammtisch in Weißenthurm
26. September 2018	Stammtisch in Vallendar
24. Oktober 2018	Stammtisch in Bendorf
22. November 2018	Stammtisch in Weißenthurm
8. Dezember 2018	Weihnachtsfeier

Einladung

Stammtisch

am 17. Januar 2018

um 19:00 Uhr



Stammtisch in Bendorf

Die Freien Demokraten Bendorf laden herzlich ein zum öffentlichen politischen

Stammtisch, am Mittwoch 17. Januar 2018 ab 19 Uhr.

Der Stammtisch findet statt im „Berghotel Rheinblick“, - Remystraße 79 in 56170 Bendorf

Die Stadtverbände Bendorf und Vallendar und der Verbandsgemeindeverband Weißenthurm freuen sich über eine rege Teilnahme.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**

Berghotel Rheinblick
★★★ Superior
PANORAMA - RESTAURANT - CAFÉ

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB